

Nr. 17/1046

Wahl eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. März 2010
(Drucksache 17/1209)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Prof. Dr. R e m m e r t

anstelle des ausgeschiedenen Herrn Prof. Dr. Huber zum Mitglied des Staatsgerichtshofs.

Nr. 17/1047

Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen

Das nachstehend aufgeführte Mitglied des Staatsgerichtshofs leistet gemäß § 4 Absatz 2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vor der Bürgerschaft folgenden Eid:

„Ich schwöre, dass ich als gerechte Richterin allezeit die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gewissenhaft erfüllen werde.“

Das Mitglied des Staatsgerichtshofs leistet den Eid mit folgenden Worten:

Frau Prof. Dr. Remmert: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Nr. 17/1048

Bericht über die Situation der Mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2009

Mitteilung des Senats vom 2. März 2010
(Drucksache 17/1192)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1049

Interessen der Verbraucher/-innen in Gesetzgebungsverfahren stärken

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 26. Januar 2010
(Drucksache 17/1140)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1050

Interessen der Verbraucher/-innen in Gesetzgebungsverfahren stärker berücksichtigen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1183)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 16. März 2010**

(Drucksache 17/1213)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Der Senat wird aufgefordert,

1. dafür Sorge zu tragen, dass in zukünftigen Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen der Landesregierung die Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher stärker berücksichtigt werden. Um dies effizient zu erreichen, sollen, nach Festlegung organisatorischer Regelungen gemäß Nummer 2, in einer Pilotphase bis Herbst des Jahres 2011 entsprechende Aufgaben vom Senator für Wirtschaft und Häfen wahrgenommen werden.
2. der Deputation für Wirtschaft und Häfen bis Juli 2010 einen Bericht zur Beschlussfassung vorzulegen, der die organisatorischen Regelungen darlegt, mit denen bei Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen eine effiziente Berücksichtigung des Verbraucherschutzes durch Einbeziehung des zuständigen Senators und fachliche Dritte erfolgt.
3. der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende 2011 Bericht zur Pilotphase zu erstatten und darzustellen, wie der Verbraucherschutz bei Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen im Land Bremen effizient berücksichtigt werden kann.

Nr. 17/1051

Sofortiger Abschiebestopp!

Antrag der Fraktion DIE LINKE.

vom 1. Februar 2010

(Drucksache 17/1145)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1052

Rechtsstaatlichkeit beim Erwerb von Passersatzpapieren garantieren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 23. Februar 2010

(Drucksache 17/1180)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sicherzustellen, dass eine Rückführung nur mit Passersatzpapieren erfolgt, die von den Botschaften der Herkunftsländer und von nachweislich autorisierten Delegationen dieser Länder ausgestellt wurden,
2. keine Vorführungen oder Anhörungen zur Feststellung der Staatsangehörigkeit von Ausländerinnen und Ausländern zur Beschaffung von Passersatzpapieren durchzuführen, wenn sie mit unangemessenen Geldzahlungen an Delegationsmitglieder verbunden sind, und sich an derartigen Vorführungen und Anhörungen zur Feststellung der Staatsangehörigkeit anderer Ausländerbehörden nicht zu beteiligen,
3. sich, sofern Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen sogenannter Sammelvorführungen anderer Ausländerbehörden oder der Bundespolizei vorgeführt werden sollen, zu vergewissern, dass die Kommissionen von den Auslandsvertretungen der infrage kommenden Herkunftsstaaten für diese Aufgabe autorisiert sind und mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes in die Bundesrepublik eingereist sind,
4. sicherzustellen, dass den Anforderungen des Verwaltungsgerichts Bremen an das Verfahren Rechnung getragen wird,

5. in allen Zweifelsfällen von einer Rückführung der betreffenden Ausländerin oder des betreffenden Ausländers auf Grundlage des Ergebnisses der Anhörung abzusehen,
6. sich auf Bundesebene für einheitliche Standards zur Beschaffung von Passersatzpapieren und insbesondere für den Umgang mit zweifelhaften Passersatzpapieren einzusetzen.

Nr. 17/1053

Jugendliche Kriminelle nach Erwachsenenstrafrecht verurteilen!

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann
vom 3. Februar 2010
(Drucksache 17/1153)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1054

Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes (RBG)

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Dezember 2009
(Drucksache 17/1097)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/1055

Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes (RBG) vom 8. Dezember 2009 (Drs. 17/1097) vom 16. März 2010

(Neufassung der Drs. 17/1207 vom 10.03.10)
(Drucksache 17/1219)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drucksache 17/1097 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt vom dem Bericht Kenntnis.

Nr. 17/1056

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Artikel 82, 84, 97 Bremische Landesverfassung

Antrag des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125 Landesverfassung
vom 12. März 2010
(Drucksache 17/1210)
3. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Nr. 17/1057

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft, das Ausführungsgesetz zu Artikel 145 Abs. 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen, zur Änderung des Gesetzes zur Entschädigung der Mitglieder von Deputationen und zur Änderung des Bremisches Beamtengesetzes

Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1177)
2. Lesung

Der Antrag ist durch die Drucksache 17/1211 erledigt.

Nr. 17/1058

Gesetz zur Neuregelung des Abgeordnetenrechts, zur Ausführung des Artikels 145 Absatz 1 der Landesverfassung und zur Änderung deputations- und beamtenrechtlicher Vorschriften

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 12. März 2010
(Drucksache 17/1211)
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 16. März 2010

(Drucksache 17/1215)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 17/1059

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und der FDP vom 12. März 2010
(Drucksache 17/1212)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1060

Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung verhindern!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Februar 2010
(Drucksache 17/1188)

Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich zur solidarischen Finanzierung unseres Gesundheitssystems. Die Einbeziehung aller in eine solidarische Bürgerversicherung, zu der alle Einkommensarten herangezogen werden, ist das Ziel, dem die Bürgerschaft sich verpflichtet fühlt.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt jeden Versuch der einseitigen Belastung der Versicherten mit den Kosten des Gesundheitswesens sowie Schritte in eine Privatisierung von Krankheitsrisiken ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine solidarisch finanzierte und organisierte Krankenversicherung nicht weiter ausgehöhlt wird.

Nr. 17/1061

Beteiligung des Landes Bremen am EU-Programm „Global Monitoring for Environment and Security – GMES“

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 26. November 2009
(Drucksache 17/1074)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2010

(Drucksache 17/1149)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1062

Militarisierung in der politischen Bildung, in der Forschung, in den Schulen, bei der Arbeitsvermittlung und in Bremens industrieller Produktion

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

vom 23. Dezember 2009

(Drucksache 17/1120)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. März 2010

(Drucksache 17/1200)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1063

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gewalt gegen Polizeibeamte konsequent ahnden
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1154)
2. Gewalt gegen Polizeibeamte konsequent entgegenreten
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Februar 2010
(Drucksache 17/1186)
3. Rettungsschirm für kleine und mittlere Unternehmen – krisenbedingte Insolvenzen durch Landesbürgerschaften abwenden!
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1156)
4. Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Februar 2010
(Drucksache 17/1169)
1. Lesung
5. Bibliotheken an Sonntagen öffnen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. April 2008
(Drucksache 17/355)
6. Bibliotheken an Sonntagen öffnen
Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2010
(Drucksache 17/1166)
7. Steuerhinterziehung verhindern
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 18. Februar 2010
(Drucksache 17/1170)

8. Kulturwirtschaftsbericht für Bremen
Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2010
(Drucksache 17/1165)
9. Koordinierungsstelle für den Opferschutz
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1172)
10. Aktionstag zur beruflichen Orientierung im Lande Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1174)
11. Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen –
Eingetragene Lebenspartnerschaften mit Ehen gleichstellen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
der FDP und DIE LINKE.
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1182)
1. Lesung
12. Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landes-
verfassung
13. Lautsprecheranlagen an Schulen im Lande Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. August 2009
(Drucksache 17/906)
14. Lautsprecheranlagen an Schulen im Lande Bremen
Mitteilung des Senats vom 2. März 2010
(Drucksache 17/1191)
15. Regelsätze transparent und verfassungsfest festsetzen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 11. März 2010
(Drucksache 17/1208)

